

# Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Redaktionelle  
Zeitung Riesa.  
Gremial Nr. 20.  
Sekret Nr. 12.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Staatsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen beständlicheste Blatt.

Redaktionelle:  
Dresden, 1929.  
Gremial:  
Riesa Nr. 20.

Nr. 15.

Freitag, 18. Januar 1929, abends.

82. Jährg.

**Wod Riesaer Tageblatt** erscheint jeden Tag abends 1,5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Bezahlung, für einen Monat 3 Mark 20 Pfennig ohne Briefporto. Für die Postmeile des Reichspostamtes sind die 3 Uhr vermerkt aufgestellt und im voraus zu bezahlen; eine Ganzleihe für den Briefporto an bestimmten Tagen und Städten wird nicht übernommen. Grundpreis für Gold-Währungen: die 50 Mark breite Goldmark 100 Gold-Pfennige; gebrauchbar und tauschbarer Gold 50% Aufschlag. Zoll-Zölle. Großherzoglich Sachsen-Anhaltische Gold- und Silbermünzen werden nach oder über den Auftraggeber in Rondeau geprägt. Siedlung- und Eröffnungsort: Riesa. Rechtsgültige Unterhaltungsbeiträge: keine Einsicht auf Sitzung oder Ausschreibung des Gerichts oder auf Rücksicht auf Begehrungen. Rechtsprechendes: Richteramt und Gericht: Richter & Richterin, Riesa. Gefährdete: Sachsen-Anhalt. Rechtsprechendes: Heinrich Klemm, Riesa. Ihr Nachfolger: Wilhelm Hittich, Riesa.

## Das Recht der Kleinrentner.

zu. Seit der Inflation und dem Zusammenbruch der Gemäßigten leidet alle jene Art, die sich ein kleines Kapital erarbeitet hat und davon lebt und von ihren Söhnen lebt. Wer feucht steht als ein Mannlein und Weiblein, die von der Gnade der Mütter leben. Sie haben kaum noch an unsere Lüt getopft und weinend gestanden, Hunger zu haben, obwohl sie früher einmal reich — reich nach ihrer Erfahrungen — waren. Gewiss hat die öffentliche Fürsorge sich noch und noch über angeworben, aber es sind Almosen, die sie erhalten. Unterstützungen, die wieder zurückfordert werden können. Sie sind der Gnade der Wohlfahrtsbeamten ausgesetzt und müssen sich bereit finden, Gnade in ihre Verhältnisse, ihr leichtes Eigentum zu geben. Sie müssen vielleicht einverstanden sein, dass bei ihrem Ableben ihr leichtes Eigentum an die Wohlfahrtstelle übergeht, die jetzt ihre Not lindert. Für den Arbeitslosen ist gefordert, so gut gefordert, dass er sich keinen Sommer zu machen braucht, und oft als Arbeitsloser besser lebt als in einer Beschäftigung, die von ihm noch einen Kaufmann von Kräften, Fähigkeit und Unterordnung fordert. Für den Angestellten ist gefordert durch die Kreisfürstungen. Der alte Kleinrentner untersteht seiner Fürsorgebestimmung, die die Pflicht hat, ihm unbedingt zu helfen.

Der Reichstag und die Parteien haben immer schon die Not der Kleinrentner erkannt, sich wiederholt bemüht, aus dem Gnadenstaat eine Befreiung zu machen. Das heißt, den Staat zu zwingen, den Kleinrentnern eine regelmäßige gesetzliche Unterstützung zu gewähren. An der Armut des Staates scheiterte der gute Wille bisher. An der Armut des Staates scheiterte der gute Wille bisher. Die Regierung wies stets auf ihre großen Verpflichtungen hin. Niemand hat aber bisher darauf hingewiesen, dass zu der Zeit, da die Kleinrentner ihr erwartetes Vermögen verloren, der Staat seiner Schulden ledig wurde, und zu der Zeit, da der Kleinrentner bettelte ging, der Staat sich ein Milliardenvermögen in Eigenschaften, Beteiligungen an privaten Unternehmen, durch die Schaffung von großen Staatsbetrieben schuf. Aber, dass es Pflicht des Staates sei, den Kleinrentner zu helfen, haben die Wahlplakate verheißen. Und jetzt wollen die Parteien ihr Versprechen wahr machen. Haben sie im alten Reichstag nichts erreicht, so sind sie jetzt mit neuen Anträgen hervorgetreten, die augenscheinlich im Gesetzestisch des Reichstags verhandelt werden. Ein früherer demokratischer Antrag ist von den Deutschnationalen aufgenommen worden. Und bei der Ausprache im Ausdruck zeigt sich, dass eigentlich alle Parteien einig darin sind, dass ein Gesetz geschaffen werde, das den Staat zur Kleinfürsterei zwingt. Nur der Staat will wieder nicht eine Verpflichtung eingehen. Er will nicht dem Rentner das Recht geben, regelmäßige Zahlungen zu verlangen, sondern will nur weiter der Wohltätigkeitsstellen überwiesen wissen und ist bereit den Wohltätigkeitsstellen, die für die Kleinrentner sorgen, die wiederum Deckung fordert. Es wäre aber angebracht, man einige Mal vor der Verabsiedlung des Gesetzes über die Frage und giebt die Möglichkeit, sofort für Deckung zu sorgen, als dass man dem Reichstag des Regierungsvertreters folge, der zunächst den fertigen Staat leben möchte, um dann die Stellung der Regierung zu suchen. Selbstverständlich ist der Staat so depongier, dass die Regierung dann erst Recht behaupten könnte, sie hätte für die Rentner keinelässigen Mittel. Wenn der Finanzminister behauptet, es liegen nur für 300 Millionen Defizit Deckung notwendig und eine Erhöhung der Umstänker zur Deckung vorgenommen wird, so hat, da die Erhöhung — wie man heute schon mit Sicherheit annehmen kann — 500 Millionen einbringt, eine Überdeckung festgestellt. Es blieben die 150 Millionen mehr sehr gut für die Kleinrentner verhindert werden. Man will aber wohl Staat und Kleinrentner nicht zusammenbringen und mag es außerordentlich nicht, die Bevölkerung so lange zu vertagen, bis der Staat zum Staat. Ein Aufbau aus den Finanzschwierigkeiten ist aber zu finden, wenn Regierung und Wirtschaft nicht zu eng in ihren Grenzen bleiben.

Dass welche Kreise des deutschen Volkes den Verhältnissen über die Kleinrentnerfürsorge mit größten Interessen folgen, ist verständlich. Denn Menschen, die selbständig gewesen sind, glücklich mit ihren kleinen Ersparnissen, fühlen sich bedrückt unter der heutigen Wohlfahrtsregelung. Dazu kommt noch, dass wohl bestimmte Richtlinien für die Unterstützung der Kleinrentner gegeben sind, aber jedes Land anders vertragen darf. Preußen zum Beispiel behandelt die Kleinrentner, wohl nicht schlechter, aber doch anders als zum Beispiel Sachsen. Der Kleinrentner ist Spieldball amischer Stellen, die nicht gerade gebedenzt sind, wenn er das 10. Lebensjahr noch nicht überwunden hat, aber arbeitsunfähig ist oder keine Arbeit erhält. Der Staat ist diesen Armen indessen verpflichtet, denn sie haben ihm ihr Recht gezeigt. Waren nicht die meisten Kleinrentner in Kriegsstaatsanstalten, in sogenannten höheren Kapieren angelegt, die teilweise vor keine anderenrichtig eine Aufwertung erfahren, die sie aus Vorsätzen aufzunehmen. Außerdem, dass die soziale Fürsorge in manchen Dingen keine Grenzen

## Abdankung auch des Königs Shahot Illah.

### Der Rebellenführer Dschalilatko übernimmt die Regierung.

**Moskau**, 17. Jan. (Tasche) Nach meldung aus Kabul soll der König Amanullah seine morgen abberufen und sich bei seiner Abdankung keine eigene Unabhängigkeit und die Sicherheit aller Personen, die sich in der unglücklichen Stellung befinden, anstreben. Das Kommando der Aufständischen teilte mit, dass der Führer der Aufständischen Shahot Illah unter dem Titel König Shahot Illah über die Regierung übernehme. Im Kabul bereitet sich die Befreiung und geschieht, die Gebäude der ausländischen Gesandtschaften werden von Truppen der Aufständischen besetzt. Die Haltung der Rebellen gegenüber den Ausländern ist durchaus freundlich. Während der Kämpfe in Kabul hat kein Ausländer irgendwelchen Schaden erlitten.

**London**. Wie Reuter aus zuverlässiger Quelle erfährt, befindet sich Amanullah über dessen Aufenthaltsort Unschärfe, tatsächlich angeblich in Bandar, wo sich auch die Königin und die Königinmutter seit einiger Zeit aufhalten. Der Aufständischenführer Dschalilatko ist Herr der ganzen Stadt Kabul mit Ausnahme eines Forts.

### Amanullah will weiterkämpfen.

Nach Meldungen aus britischer Quelle soll Amanullah in Bandar die königliche Garde gehabt haben. Weiter heißt es, dass er voraussichtlich die nächsten zwei Monate darmit beginnen werde, unter dem ihm ergebenen Titel Truppen auszubilden, um nach dem Einmarsch der Schwarzen die Kampftätigkeit wieder aufzunehmen.

### König Habibulla.

**Moskau**, 17. Jan. (Selunion) Nach dreitägiger Unterbrechung ist gestern die Befreiung Moskaus wieder aufgenommen worden. Den aus Kabul übermittelten Berichten aufzufolge haben die Aufständischen nach der Abdankung Amanullahs ihren Vorstoß gegen Kabul fortgesetzt und es gelang ihnen, die Residenz des Königs, in der sich zum Schutz des neuen Herrschers Shahot Illah und der Regierungsmitglieder nur ein kleiner Truppenteil befand, zu umstellen. Die Aufständischen forderten die bedingungslose Unterwerfung Amanullahs und der Regierung und drohten, im Falle einer Weigerung die Residenz zu stürmen.

**König Habibulla.** **Moskau**, 17. Jan. (Selunion) Wie aus Moskau gewebt wird, befand sich Kabul am 15. Januar, 10.00 Uhr vormittags, in den Händen der Aufständischen. Der größte Teil der Regierungstruppen hat sich ergeben und wurde entwaffnet. Nur geringe Truppenteile hielten noch einige Befestigungen. Der Ringplatz, sowie alle Artilleriestellungen sind von den Aufständischen besetzt. Der Führer der Aufständischen, Salao, hat die Oberherrschaft des Landes unter dem Namen Habibulla Khan Shah übernommen.

## Der Nachtragsetat im Haushaltsausfuhr.

**Abg. Der Haushaltsschatz des Reichstages** legte am Donnerstag die Beratung des Nachtragsetats mit der Einschränkung über den Staat des Justizministeriums fort.

Der Berichterstatter, Abg. Georg (Dnat), erinnerte an das Abschiedsgesetz des Reichsgerichtspräsidenten, das befreite verfassungswidrige Fragen aufzuweisen und befasste die verschiedenen Art der neu angeforderten Stellen.

Auf eine Anfrage des Abg. Oberg wegen der Aufnahme der Rechtsanwältin Dr. v. Seitz in das Reichsjustizministerium erwiderte Justizminister Rossmoser, dass damit ein alter Wunsch der Justizwelt erfüllt sei. Auch sei es durchaus erwünscht, dass im Justizministerium eine Frau vorhanden sei, die bei den Arbeiten des Ministeriums Verteilungen vom Standpunkt der Frau aus machen könne. Es sei nicht海棠ig, die Politik des Ministeriums weiblich oder männlich zu machen; seine Würde sei nur, sie männlich zu machen. Auf eine Anfrage über die Bedeutung der Tätigkeit der Richter, die voll zu vertheidigen sei, erwiderte Justizminister Rossmoser, dass diese Frage bei der Neuordnung des Reichsgerichtsreiches eingehend geprüft werden könnte.

Auf Antrag Steinbop (Ges.) wurde beschlossen, die Frage, die den unteren männlichen und weiblichen Angestellten, namentlich denen der Kanzlei, bei Überweisung in die Beamtenstellung erwachsen, einem Unterausschuss zu überweisen.

Über die Bewilligung eines eigenen Dienkantos für den Reichsgerichtspräsidenten kam es zu einer kurzen Auseinandersetzung, in deren Verlauf Abg. Torgler (Komm.) die Entscheidung beantragte.

Abg. Schmidt-Göttz (Dnat) wies darauf hin, dass auch der Berliner Stadtkanzler Abg. Torgler sich des Dienkantos des Berliner Magistrates schon zur Fahrt nach dem Reichstag bedient habe. Wegen des Gehaltes des Kanzlers, der bei Bewilligung des Kanzles angeheftet werden müsste, wurde die Position dem Unterausschuss überwiesen.

Zum Kapitel „Reichskontinent“ legte der Berichterstatter, Abg. Oberg, dar, dass das Patentamt sich gegenwärtig in einer Sanierung befindet. Ende 1911 hätten 42 000 Sachen nicht mehr erledigt werden können und 1927 seien 112 000 Anmeldungen rückständig gewesen. Das Personal muss erheblich verstärkt werden.

Nachdem auch der Wirtschaftsberater Abg. Dr. Wunderlich (Dap.) dasselbe betont hatte, forderte Abg. Dr. Werner (Dap.) eine gründliche sachliche Revision der Arbeitsmethoden des Patentamtes und vielleicht auch der Patentrechegabe und bat, dass Kapitel an den Unterausschuss zu überweisen.

Abg. Bernhard (Dem.) riette die Trennung des Patentamtes vom Justizministerium an.

Auf Anfrage des Abg. Erling (D) wurde erwidert, dass wir den Übergang vom Prüfungsdienst zum Kanzleidienst nicht vollziehen könnten, weil unser Patentamt sonst keinen in der Welt auferkannten großen Ruf verlieren könnte. Ohne Vereinigung der Sache der Personalkräfte werde man keinesfalls auskommen. Ein Direktor habe 1914 5000 Anmeldungen höchstens zu erledigen gehabt, jetzt 9770, und im kommenden Jahre würden es 10 140 sein. Wenn so sei es den Abteilungsvorstehern und den nachgeordneten Stellen. Durch die Verzögerung der Eridigung der Anmeldungen entstehe nicht nur ein großer finanzieller Schaden für die Wirtschaft, sondern auch für die Einnahmen des Patentamtes. Die Abweitung des Patentamtes vom Justizministerium halte er für einen Fehler.

Staatssekretär Voel teilte mit, dass die Zahl der Anmeldungen von 50 000 im Jahre 1918 auf 68 000 im Jahre 1927 gestiegen sei und voraussichtlich sich auf 70–75 000 vermehren werde.

Nach Überweisung des Kapitels an den Unterausschuss wurde die Beratung auf Freitag verlängert.

Kennt und oft zu viel des guten getan wird, aber hier, da das Recht auf der Seite der Vorberenden liegt, erk lange Auslandserkundungen notwendig sind und sind die Regierung stark, obwohl sie eine Wehrheit gegen sich sieht.

Diese Wehrheit darf nun nicht aus partikularer Rücksichtnahme im letzten Augenblick umfallen. Sie muss, dass es einen Kriegsfall mit Wehrhaftigkeit einer zwei- bis dreimal zahlreicher polnischer Armee überwinden können. Domowidzki hält es für notwendig, dass Polen nicht nur das Entwicklung des Fliegens und der Kavallerie sein besonderes Augenmerk zuwenden, sondern dass 1,5 Milliarden Gold bereit gestellt werden, um eine besondere Heereskavallerie zu schaffen, die den ersten Stoß aushalten könnte, ehe die allgemeine Mobilisierung durchgeführt ist. Der Redner übte dann starke Kritik an der im polnischen Heer bestehenden Personalpolitik. Das polnische Offizierskorps ist seit im Jahre 1922 zu einer gewissen Stabilisierung gelangt. Der Malmsturz des Jahres 1926 habe dann das Offizierslager in Sieger und Verliegte geteilt. Von diesem Augenblick an sei die Personalpolitik in der polnischen Armee nichts anderes gewesen als eine Fortsetzung des bestellten Regimes geführten politischen Sammel-

höhe von 1800 Mill. Goldtaler gefordert hätten. Erst Marschall Piłsudski habe die Summe auf 814 Millionen Gold reduziert. Der Nationaldemokrat Domowidzki wies auf die vorsätzliche und zeitgemäße Ausbildung des deutschen Reichswehr hin. Deutschland sei überzeugt, dass es in einem Kriegsfall mit Wehrhaftigkeit einer zwei- bis dreimal zahlreicher polnischer Armee überwinden können. Domowidzki hält es für notwendig, dass Polen nicht nur das Entwicklung des Fliegens und der Kavallerie sein besonderes Augenmerk zuwenden, sondern dass 1,5 Milliarden Gold bereit gestellt werden, um eine besondere Heereskavallerie zu schaffen, die den ersten Stoß aushalten könnte, ehe die allgemeine Mobilisierung durchgeführt ist. Der Redner übte dann starke Kritik an der im polnischen Heer bestehenden Personalpolitik. Das polnische Offizierskorps ist seit im Jahre 1922 zu einer gewissen Stabilisierung gelangt. Der Malmsturz des Jahres 1926 habe dann das Offizierslager in Sieger und Verliegte geteilt. Von diesem Augenblick an sei die Personalpolitik in der polnischen Armee nichts anderes gewesen als eine Fortsetzung des bestellten Regimes geführten politischen Sammel-